

Wandel politischer Orientierungen der Studierenden: Zusammenfassung der Befunde

Bargel, Tino

Veröffentlichungsversion / Published Version
Kurzbericht / abridged report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bargel, T. (2009). *Wandel politischer Orientierungen der Studierenden: Zusammenfassung der Befunde*. (News, 30.1). Konstanz: Universität Konstanz, Geisteswissenschaftliche Sektion, FB Geschichte und Soziologie, Arbeitsgruppe Hochschulforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-237094>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Zeitreihe des Studierendensurveys mit zehn Erhebungen von 1983 bis 2007 belegt einen nachhaltigen Wandel in den politischen Orientierungen und den gesellschaftlichen Werten der Studierenden. Dieser Wandel umgreift die politische Beteiligung, die demokratischen Haltungen und die politischen Richtungen und Ziele. Sie ist übergreifend gekennzeichnet durch mehr Teilnahmslosigkeit, verstärkte Uneindeutigkeiten und höhere Labilität, den zunehmenden Verzicht auf Konzepte und Alternativen. Zugleich sind Züge eines verstärkten Konservatismus und mehr Konventionalität erkennbar. Auch größere Zweifel an der Legitimität gesellschaftlicher Verhältnisse (Leistungsprinzip, faire Aufstiegschancen) verbreitern sich in der Studentenschaft.

Nachfolgend sind die Befunde dieser Studie zusammengefasst. Sie ist durch das BMBF publiziert und im Internet ausgelegt. Quelle: Bargel, T.: Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007. Bonn, Berlin 2008.

30.1 Wandel politischer Orientierungen der Studierenden: Zusammenfassung der Befunde

Geringes politisches Interesse, wenig Engagement bei den Studierenden

Das **Interesse der Studierenden am politischen Geschehen** ist bei den Studierenden im Trend stark zurückgegangen: von 54% mit starkem Interesse (1983) über 46% (1993) auf nunmehr nur noch 37% (2007). Das Desinteresse an Politik ist bei Studentinnen noch häufiger: von ihnen sind nur noch 29% stark an Politik interessiert.

Der Lebensbereich von **"Politik und öffentlichem Leben"** hat deutlich an Stellenwert verloren; dafür sind "Familie und Geschwister" als privater Bereich der familiären Herkunft sehr viel wichtiger geworden. Es hat sich ein eindrücklicher Wandel vollzogen: Im Jahr 2007 ist die Familie für 72% der Studierenden sehr wichtig (in den 80er Jahren für etwa die Hälfte); dafür ist eine hohe Wichtigkeit von Politik auf 28% gesunken.

Die Studierenden beteiligen sich **seltener in Parteien und an Bürgerinitiativen**; vor allem das Desinteresse an Bürgerinitiativen ist stärker angestiegen: von 60% (1995) auf 72% (zuletzt 2004). Auch die Beteiligung in anderen politischen Gruppierungen hat weiter nachgelassen (etwa bei Umweltschutzgruppen, Menschenrechtsgruppen). Es ist eine gestiegene Teilnahmslosigkeit in allen politischen Feldern zu beobachten.

Veränderte politische Positionen und andere Zielpräferenzen

Die Selbsteinstufung der Studierenden im **Links-Rechts-Spektrum** bringt im langfristigen Trend eine leichte subjektive Stärkung der "Mitte" (von 19% auf 23%), bei einem Rückgang der Position "klar links" (von 29% über 33% auf 25%) ebenso wie von "eher und klar rechts" (von 17% auf 12%). Der Rückgang linker Studierender ist stärker an den Universitäten zu verzeichnen.

In auffälliger Weise ist im neuen Jahrtausend der Anteil Studierender gestiegen, die **keine Einstufung ihrer politischen Richtung** vornehmen wollen oder können, und zwar von früher bis zu 10% auf nunmehr (2007) doch 15-16%.

Die Studierenden haben nach wie vor eine **Präferenz für die sozialdemokratische und grün/alternative Grundrichtung**, obwohl deren Ziele im einzelnen weit weniger geteilt werden. Gegenüber der christlich-konservativen Grundrichtung (trotz vermehrtem Konservatismus) überwiegt weiterhin die Distanzierung (obwohl die frühere Ablehnung stärker zurückgegangen ist); mit der "liberalen Grundrichtung" können relativ viele Studierende nichts anfangen, sie sprechen sich weder dafür noch dagegen aus. Die

extremen Grundrichtungen wie kommunistisch-marxistisch oder national-konservativ haben kaum mehr als früher überzeugte Anhänger zu verzeichnen; aber die Ablehnung ist stark zurückgegangen, wohingegen die neutral-gleichgültige Beurteilung zugenommen hat.

Insgesamt herrscht bei den Studierenden **mehr Entscheidungslosigkeit**; sie bekennen sich seltener zu politischen Richtungen, lehnen sie vor allem viel seltener entschieden ab. Sie geben sich viel häufiger "neutral" und legen sich nicht fest, eine Haltung, die vor allem im neuen Jahrtausend zugenommen hat. Außerdem ist eine **Tendenz** zur Mitte sichtbar: vor allem kommunistisch-marxistische wie sozialdemokratische Studierende rücken zur "Mitte".

Bei der Zustimmung oder Ablehnung **politischer Ziele** sind gravierende Änderungen eingetreten:

- Zum einen hat sich ein **allgemeiner Wandel** von sozial-ökologischen zu **konservativ-liberalen Zielen** vollzogen, wobei die Präferenz konservativer Ziele (eher angst- und abwehrbesetzt) stärker geworden ist als die von liberalen Zielen (eher fortschritts- und erfolgsbesetzt).
- Zum anderen ist ein **Gewinn bei den extremen Zielen** festzustellen, sei es der Abwehr kultureller Überfremdung oder die Abschaffung des Privateigentums an Industrie und Banken (geringere Ablehnung).

Labilität der demokratischen Einstellungen: weniger gefestigte Demokraten

Die **demokratischen Haltungen** der Studierenden waren Ende der 90er Jahre noch weit gefestigter als sie sich im neuen Jahrtausend entwickelt haben: mit mehr Uneindeutigkeiten und mehr Distanz gegenüber einigen demokratischen Prinzipien. Insofern scheint es zuzutreffen, dass die Demokratie für mehr und mehr Studierende nicht mehr eine Selbstverständlichkeit darstellt. Insgesamt müssen sie häufiger als **"labile Demokraten"** bezeichnet werden und weniger als "sattelfeste Demokraten" wie noch gegen Ende der 90er Jahre.

Zwei **Kernstücke demokratischer Prinzipien** werden von den Studierenden weiterhin überwiegend vehement und überzeugt vertreten: die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und der Verzicht auf Gewalt bei politischen Konflikten. Aber das Votum für Interessengruppen oder die kritische Oppositionsfunktion sind stark zurückgegangen; die Elemente einer pluralistischen und kontroversen Demokratie werden viel seltener befürwortet, und zwar mit einem ersten Schub nach der Wiedervereinigung, aber noch stärker und am meisten im neuen Jahrtausend.

Die **gefestigten Demokraten** (vehement oder eindeutig) bilden in der Studentenschaft nicht mehr die Mehrheit (Rückgang von 71% auf 48%); dafür sind die labilen Demokraten auf 39% (von 23%) angestiegen und die distanziert-ablehnenden Studierenden von 8% auf 14%.

Die **distanzierten Demokraten** sind vor allem in den Wirtschaftswissenschaften (Universitäten wie Fachhochschulen) anzutreffen, labile Demokraten finden sich mehr in Jura, Medizin und Naturwissenschaften.

Partizipation an den Hochschulen

Studierende zeigen weiterhin, fast traditionell, nur ein geringes Interesse an Hochschulpolitik und Beteiligung am Hochschulgeschehen:

- Einen bemerkenswerten Rückgang verzeichnet die Beteiligung an den **Fachschaften**: Sie sind offenbar für weniger Studierende ein sozialer Kristallisationspunkt an der Hochschule.

- Noch viel stärker ist der Rückzug der Studierenden aus der **studentischen Selbstverwaltung** und den offiziellen Hochschulgremien.
- Schließlich ist das Desinteresse an **politischen Studentenvereinigungen**, noch mehr an informellen Aktionsgruppen stark angewachsen.

Die vordringlichen **Aufgaben der Studentenvertretung** werden im Einsatz für bessere Studienbedingungen, die Verbesserung der Lehrqualität sowie die Einflussnahme auf die interne Hochschulpolitik gesehen: drei Viertel und mehr an Befürwortung. Dagegen stehen Serviceleistungen der Studentenvertretung weniger im Vordergrund, außer die Studienberatung/Studienhilfe (72% Befürwortung).

Das **allgemein-politische Mandat** wird von etwa zwei Fünfteln (39% bzw. 42%) stark befürwortet, und zwar in den letzten Jahren in ähnlichem Umfang. Aber es bleibt stark umstritten, viel stärker votieren "linke" Studierende dafür.

Gesellschaftsbild und gesellschaftliche Werte

Die **soziale Ungleichheit** gilt den meisten Studierenden als groß und überwiegend auch als ungerecht. Diese Urteile folgen keinem linearen zeitlichen Trend, sondern zeigen gewisse Auf und Abs. Bemerkenswert erscheint, dass starke Unterschiede zwischen den Studierenden in Ost- und Westdeutschland geblieben sind, die von einiger Spannung beim Thema Gerechtigkeit zeugen.

Die Überzeugung, jeder habe eine **faire Aufstiegschance**, hat ebenso nachgelassen wie der Glaube an die **Geltung des Leistungsprinzips**. Damit wird die Legitimität des sozialen Aufstiegs immer mehr in Frage gestellt und die soziale Integration erscheint gefährdet.

Es entsteht unter den Studierenden ein **problematisches Gesellschaftsbild**, das durch folgende Züge gekennzeichnet ist:

- Schließung statt Offenheit,
- Ungerechtigkeit statt Fairness,
- Verlust des Leistungsprinzips.

All dies sind Momente einer gesellschaftlichen **Anomie** in der Studentenschaft, die sich auch in anderen Lebensbereichen (z.B. beim Berufsübergang) zeigt.

Die Urteile der Studierenden zur Antinomie zwischen **Wettbewerb und Solidarität**, als grundlegende gesellschaftliche Mechanismen, zeigen eine gewichtige Änderung, denn die kritische Sicht des Wettbewerbs hat deutlich nachgelassen. Die positive Funktion von Wettbewerb (mehr Anstrengung) wird stärker hervorgehoben, die negative Funktion (gefährdete Solidarität) wird abgeschwächt.

Noch stärker ist der Wandel bei der möglichen Gegensätzlichkeit zwischen Natur und **Umwelt versus Technik** und Technologie. Die Priorität des Umweltschutzes erfährt einen drastischen Einbruch von 76% auf 51% Unterstützung, die Förderung der technologischen Entwicklung einen großen Gewinn an starker Zustimmung seitens der Studierenden von 31% auf 52%.

Alternative Orientierungen: aufgelöst und nachgelassen

Die **alternativen Orientierungen** unter den Studierenden haben stark nachgelassen. Die Bündelung solcher Vorstellungen über anders Leben, anders Arbeiten und eine andere Politik hat sich aufgelöst. Weniger als früher, etwa noch in den 80er Jahren, sind damit konsistente Konzepte verbunden.

Die "**Selbstverwirklichung**" ist nicht mehr das vorrangige Lebensziel vieler Studierender: Rückgang von 71% auf 53%, die es für sich beanspruchen. Das spricht für eine verstärkte Anpassung und Konventionalität, nicht von einem mehr an autonomen Individualismus. Elemente eines anders Leben oder anders Arbeiten haben nie eine Mehrheit der Studierenden angesprochen (Zustimmung von jeweils einem Viertel); nun ist die Anhängerschaft solcher Vorstellungen noch geringer: Beim anders Leben sind es noch knapp unter 10%, beim anders Arbeiten noch 16% (Ausstieg aus den beruflichen Zwängen).

Auch eine **andere Politik** ist bei den Studierenden weder organisatorisch (Infragestellen der etablierten Parteien) noch inhaltlich (Engagement für Lösung ökologischer Probleme) überwiegend gefragt. Demnach haben die Studierenden immer weniger Konzepte und Vorstellungen für eine "andere Politik". Das besagt, dass weniger "Politik- oder Parteienverdrossenheit" verbreitet sind, sondern vielmehr eine **Konzeptlosigkeit** und angepasste Beliebigkeit vorherrscht.

Studentische Protestbereitschaft

Die **Akzeptanz von Kritik- und Protestformen** der Studierenden ist klar gestuft: weithin befürwortet werden sowohl Diskussionen als auch Streitschriften (von 94% bzw. 79% grundsätzlich). Weniger grundsätzlich, schon eher nur in Ausnahmefällen sprechen sich die Studierenden für **Demonstrationen** (54%) oder für Wandzeitungen/Flugblätter (63%) aus. Auffällig ist dabei die gestiegene Zurückhaltung bei der Befürwortung von Demonstrationen.

Aggressivere Formen des Protestes wie eine Institutsbesetzung oder der Boykott von Lehrveranstaltungen werden nur selten grundsätzlich akzeptiert (10% bzw. 15%), eher in Ausnahmefällen bejaht (37% zu 49%). Am häufigsten lehnen die Studierenden Institutsbesetzungen grundsätzlich ab (53%).

Zu allen Zeitpunkten war unter den Studierenden (vor allem seit den 90er Jahren) kein großes, aber ein hinreichendes **Protestpotential** vorhanden, das durchaus (ausnahmsweise) auch aggressivere Formen annehmen kann (Umfang ca. 15% in härterer Weise, aber ca. die Hälfte gelegentlich oder ausnahmsweise).

Die **Demonstrationsbereitschaft** der Studierenden weist keinen geradlinigen Trend auf, sondern variiert nach politischem Kontext; sie begründet sich mehr durch aktuelle Interessenvertretung (z.B. Studiengebühren, Einsparungen an Hochschulen) als durch politische Gegenkonzepte oder gar die Stellung der Macht- und Systemfrage.

Tino Bargel